



# Macro Blickpunkt

Ausgabe 08.04.2022 | LBBW Research | Macro/Strategy

## Schaffen wir diese Flüchtlingswelle oder schafft sie uns?

**01** Auf einen Blick S. 2


**02** Einleitung S. 3

**03** Was ist zu erwarten? S. 4

**04** Was ist zu tun? S. 13

**05** Fazit S. 17

**Dr. Guido Zimmermann**  
Senior Economist  
+49 711 127-71640  
guido.zimmermann@LBBW.de

LBBWResearch@LBBW.de  
 LBBW\_Research

Erstellt am:  
08.04.2022 12:21

## Auf einen Blick

- Vor dem Hintergrund der aktuellen Flüchtlingswelle sowie einer immensen Unsicherheit über die Dauer des Ukrainekriegs und über die damit verbundenen Ströme von Kriegsflüchtlingen erscheint es essenziell, politische Fehler der Migrationsjahre 2015 und 2016 zu vermeiden.
- Sollte sich der Ukrainekrieg sehr lang hinziehen – und dieses Worst-Case-Szenario müssen die politischen Entscheidungsträger einkalkulieren (!) –, sind entsprechende Maßnahmen zur Integration der Flüchtlinge in Westeuropa schnellstmöglich in Angriff zu nehmen.
- Wir sind optimistisch, dass eine Integration der Kriegsflüchtlinge des Jahres 2022 besser gelingen kann als vieler, die 2015 nach Deutschland gekommen sind. Unseren Optimismus ziehen wir aus Lerneffekten auf Seiten der politischen Entscheidungsträger sowie aus einem hohen durchschnittlichen Bildungsniveau der ukrainischen Kriegsflüchtlinge.
- Im Moment stehen humanitäre Fragen wie Sicherheit, Unterbringung, Gesundheitsversorgung und nicht zuletzt die Familienzusammenführung im Vordergrund. Aber: Eine schnelle Integration der Kinder in das Bildungssystem, Kinderbetreuungsangebote für die Mütter, sowie eine schnelle psychologische Betreuung in hinreichender Breite und Tiefe sind dringend geboten.
- Es sollte nicht darauf gebaut werden, mit Hilfe der ukrainischen Flüchtlinge den Fachkräftemangel Deutschlands zu beheben! Denn es ist noch viel zu früh, um einschätzen zu können, wie lange die Flüchtlinge in Deutschland bleiben werden. Die meisten Flüchtlinge wollen so schnell wie möglich wieder zurück in ihr Heimatland.
- Die Effekte aus der aktuellen Flüchtlingswelle auf die Wirtschaftsleistung Deutschlands dürften, nicht zuletzt aufgrund höherer Staatsausgaben in diesem Zusammenhang, kurzfristig leicht positiv sein. Die Effekte auf die Staatsschulden sehen wir als langfristig gering an. Die Tragfähigkeit der Staatsschulden wird nämlich v. a. durch das Wachstumspotenzial und die Alterung der Bevölkerung bestimmt.
- Die Politik sollte Zweitrundeneffekte des Krieges auf die Ernährungssituation in den Ländern Nordafrikas sowie des Nahen und Mittleren Ostens einkalkulieren und dort frühzeitig mit monetären Mitteln helfen, um so weitere Migrationsströme aus diesen Ländern zu verhindern. Denn, wie es Altbundespräsident Joachim Gauck vor dem Hintergrund der Migrationswelle 2015 einmal sagte: „Unser Herz ist weit, doch unsere Möglichkeiten sind endlich.“ Jede Willkommenskultur hat ihre soziokulturellen und finanziellen Grenzen.

## Einleitung

Vor dem Überfall Russlands auf die Ukraine hat wahrscheinlich keine politische Entscheidung Deutschland und die Europäische Union mehr gespalten als die Entscheidung Deutschlands 2015, über 1 Mio. Migranten beziehungsweise Flüchtlinge aufzunehmen. Das Wiederaufleben rechtsextremer politischer Tendenzen in Deutschland 2015 und danach sowie ein permanenter Streit in der EU über die Migrationspolitik wären ohne diese Entscheidung Angela Merkels kaum möglich gewesen. Die Migrationspolitik ist seither eine der offenen Flanken der EU geblieben. Dies nutzten Russland und Belarus 2021, um, auf dem Rücken leichtgläubiger Migranten aus dem Nahen und Mittleren Osten, an der polnischen Grenze Druck auf die EU auszuüben und gegen Belarus erlassene Sanktionen vorzugehen.

Mittlerweile sind rund 4 Mio. Flüchtlinge aus der Ukraine in Länder der EU ausgereist. Vor dem Hintergrund der damit verbundenen aktuellen Flüchtlingswelle nach Deutschland, erscheint es essenziell, politische Fehler der Migrationsjahre 2015 und 2016 zu vermeiden. Absehbar ist, dass die direkten Anrainerstaaten der Ukraine, die aktuell eine grandiose „Willkommenskultur“ an den Tag legen, irgendwann an das Ende ihrer Aufnahmemöglichkeiten kommen werden.

Deutschland wird daher zweifellos in die Situation geraten, erheblich mehr Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine aufnehmen zu müssen als derzeit. Diese Publikation versucht vor dem Hintergrund einer sehr unübersichtlichen Flüchtlingssituation einige Grundsätze sowie „dos and don'ts“ für die Flüchtlingspolitik herauszuarbeiten, primär auf Grundlage empirischer Erkenntnisse seit 2015.

# 03

## Was ist zu erwarten?

Prognosen über den weiteren Verlauf des Krieges zwischen der Ukraine und dem Angreifer Russland sind mit extremen Unsicherheiten verbunden und vielleicht auch gar nicht möglich. Aktuell sind per 06.04.2022 rund 4,3 Mio. Menschen vor den Kriegswirren aus der Ukraine geflohen. Der Großteil ist gemäß [UNHCR](#) bislang in die Anrainerstaaten Rumänien (654 Tsd.), Moldawien (399 Tsd.), Ungarn (399 Tsd.), Slowakei (302 Tsd.), Russland (350 Tsd.), Belarus (17 Tsd.) und Polen geflohen. Allein Polen hat bislang rund 2,5 Mio. Menschen aufgenommen, was auch der dort lebenden, ohnehin schon großen ukrainischen Gemeinde geschuldet ist. Es ist ein verständlicher Impuls von Kriegsflüchtlingen und Migranten, sich Länder auszusuchen, in denen kulturelle Anknüpfungspunkte und [Netzwerke](#) einer eigenen Gemeinschaft bestehen. Dies zeigen auch neuere Analysen des [ifo-Instituts](#). Deutschland ist aufgrund dieser Netzwerkeffekte im europäischen Vergleich voraussichtlich eher unterdurchschnittlich betroffen.

In Deutschland lebten bis dato rund 145.000 Ukrainer. Nun hat Deutschland offiziell rund 313 Tsd. Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine aufgenommen. Dabei müssen sich Einreisende 90 Tage lange nicht registrieren lassen. [Die Anzahl der Kriegsflüchtlinge in Deutschland dürfte daher unterschätzt werden](#), zumal auch Bundesinnenministerin Faeser zuletzt nicht den Willen bekundet hat, alle Flüchtlinge registrieren zu wollen.

Die politischen Entscheidungsträger in Deutschland müssen sich bei ihren Planungen u. E. darauf einstellen, dass der Krieg in der Ukraine länger anhalten könnte als u. U. bislang erwartet. Vor dem Hintergrund eines beispielsweise in Syrien lange währenden Kriegs ist das Szenario eines „Syriens in der Ukraine“ durchaus vorstellbar. Dann dürften mehr Kriegsflüchtlinge nach Deutschland kommen, und sie könnten länger bleiben. [Es ist nicht ausgeschlossen, dass Deutschland erneut vor der Aufgabe stehen könnte, mehr als 1 Mio. Menschen auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt zu integrieren und Bildungsangebote bereitzustellen.](#)

### Welche Szenarien sind möglich?

Das [empirica-Institut](#) geht von [drei Szenarien](#) (per 11.03.2022) aus:

- In einem ersten Szenario (4 Mio. Flüchtlinge) ist mit 300.000 Menschen zu rechnen, die nach Deutschland flüchten,
- im mittleren Szenario (7 Mio. Flüchtlinge) mit 800.000
- und im höchsten Szenario (10 Mio. Flüchtlinge) mit 1,2 Mio.

Das erste Szenario ist bereits jetzt hinfällig. Damit [ist eher von rund 1 Mio. Menschen zu rechnen, die kriegsbedingt nach Deutschland kommen – mit Potenzial nach oben.](#)

---

Je länger der Krieg, desto mehr Flüchtlinge sind zu erwarten

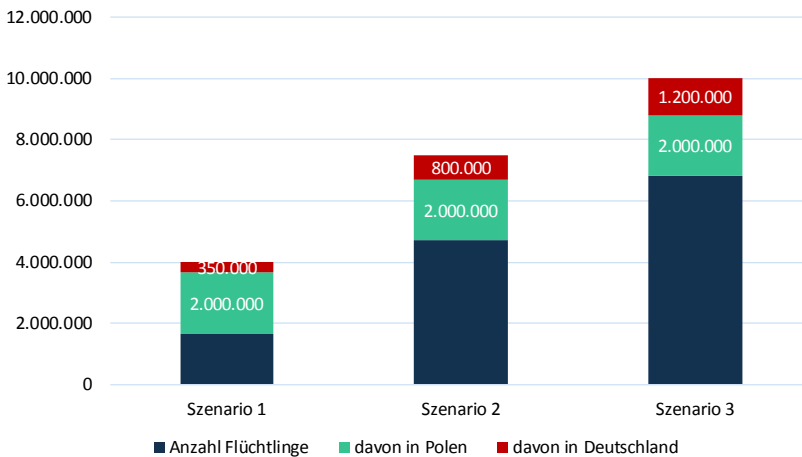
---

---

Szenarien für die Flüchtlingszahlen

---

## Szenarien in Bezug auf erwartete Flüchtlingszahlen



Quelle: empirica, LBBW Research

### Wie ist die rechtliche Situation?

[Ukrainische Flüchtlinge können ohne Visum nach Deutschland einreisen.](#) Nach der Einreise können sie sich für 90 Tage in Deutschland aufhalten. Nach Ablauf der 90 Tage können sie bei der Ausländerbehörde eine Aufenthaltserlaubnis für nochmals 90 Tage beantragen.

Auf europäischer Ebene wurde am 4. März 2022 die „Massenzustrom-Richtlinie“ aktiviert. Das bedeutet: **Ukrainische Geflüchtete müssen in Deutschland und in allen anderen EU-Ländern kein reguläres, üblicherweise langwieriges und bürokratisches Asylverfahren durchlaufen.** Stattdessen bekommen sie automatisch einen Aufenthaltsstatus. Dieser Aufenthaltsstatus – genannt: „vorübergehender Schutz“ – gilt zunächst für ein Jahr und kann sich zweimal automatisch um sechs Monate verlängern. Der Europäische Rat kann diesen Status um ein weiteres Jahr auf maximal drei Jahre verlängern.

Derzeit laufende Asylverfahren von Ukrainern werden zurzeit vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) nicht entschieden, sondern „rückpriorisiert“, das heißt vorläufig zurückgestellt. Abschiebungen sind laut Bundesinnenministerium auf Anfrage von [mediendienst-integration.de](https://www.mediendienst-integration.de) derzeit „nicht denkbar“.

### Welche Rechte ergeben sich aus der „EU-Massenzustrom-Richtlinie“?

Personen, die gemäß der „EU-Massenzustrom-Richtlinie“ (in Deutschland: §24 AufenthG) vorübergehenden Schutz bekommen, haben im Aufnahmeland gemäß [mediendienst-integration.de](https://www.mediendienst-integration.de) folgende [Rechte](#):

- Ausübung einer abhängigen oder selbstständigen Erwerbstätigkeit,
- Zugang zu Bildungsangeboten für Erwachsene, Fortbildungen, bzw. Zugang zum Bildungssystem für Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren,
- Anspruch auf medizinische Versorgung,
- Anspruch auf Sozialleistungen,

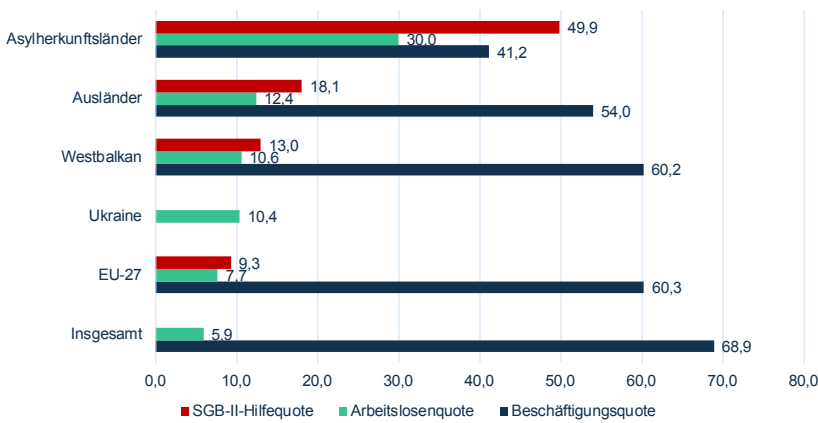
- Anspruch auf angemessene Unterbringung bzw. finanzielle Unterstützung für eine Unterkunft; Geflüchtete werden in Deutschland nach dem Königsteiner Schlüssel auf die Bundesländer verteilt; dies betrifft nicht Personen, die privat untergekommen sind.

### Folgen für den Arbeitsmarkt

Die ukrainischen Kriegsflüchtlinge erhalten eine Arbeitserlaubnis mit Grenzübertritt in die EU, sodass keine rechtlichen Hürden bei der Integration in den Arbeitsmarkt bestehen. Ein aktuell hoher Arbeitskräfte- und Fachkräftemangel in Deutschland dürfte dafür sorgen, dass viele Ukrainer schnell eine Arbeit finden werden – sofern dem nicht eine ausgeprägte Rezession und fehlende Deutschkenntnisse der Flüchtlinge im Wege stehen.

### Arbeitsmarktindikatoren nach Staatsangehörigkeitsgruppen

Dezember 2021, in Prozent



Quelle: Bundesagentur für Arbeit; LBBW Research

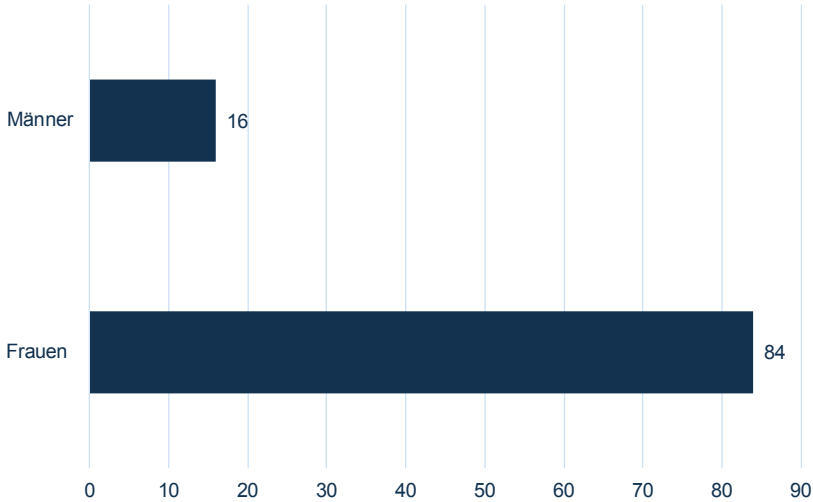
Vergleicht man die verschiedenen Gruppen von Zuwanderern mit der Gesamtbevölkerung, so ergibt sich ein sehr heterogenes Bild der Integration in den Arbeitsmarkt. So ist die „leise“ Migration aus der EU-27 und dem Westbalkan seit 2015 weitestgehend ein Erfolg gewesen: die Beschäftigungsquote liegt in der obigen Abbildung nahe an der der Gesamtbevölkerung, die Abhängigkeit von „Hartz IV“ ist relativ gering.

Die entsprechende Situation für Zuwanderer aus nichteuropäischen Asylherkunftsländern ist dagegen sieben Jahre nach dem Migrationsjahr 2015 noch von relativ niedrigen Beschäftigungsquoten und hohen Transferleistungsabhängigkeiten geprägt. Hierfür ist v. a. eine relativ schlechte Bildung verantwortlich, die in schlechter bezahlten Beschäftigungsverhältnissen mündete. Eine weitere Ursache ist eine relativ schlechte Arbeitsmarktintegration der Frauen dieser Gruppe. Die Integration der Flüchtlings- und Migrationskohorte „2015“ ist bei alledem aber besser gelaufen als in den Flüchtlingskohorten vor 2015.

**Wie ist das soziodemographische Profil der ukrainischen Flüchtlinge?** Die folgenden Abbildungen basieren auf einer Umfrage des Bundesinnenministeriums unter den Flüchtlingen.

## Geschlecht

Angaben der Flüchtlinge in %



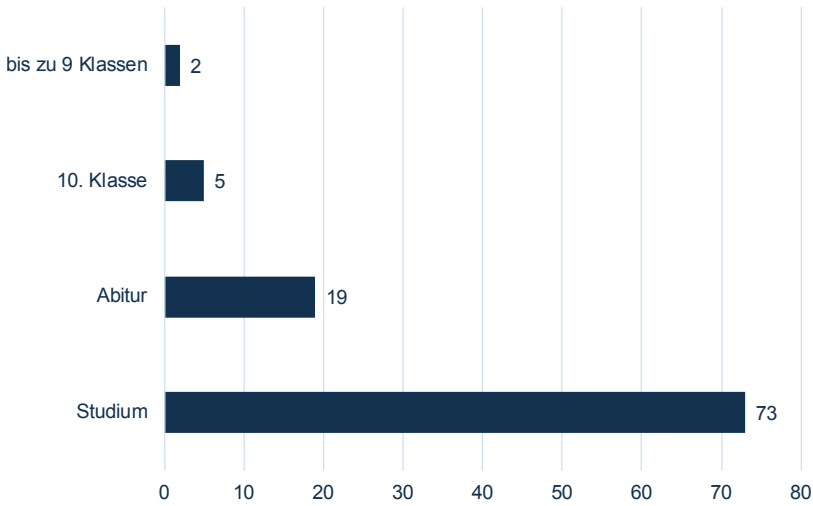
---

Großteil der  
Flüchtlinge sind  
Frauen

---

## Schulbildung

Angaben der Flüchtlinge in %



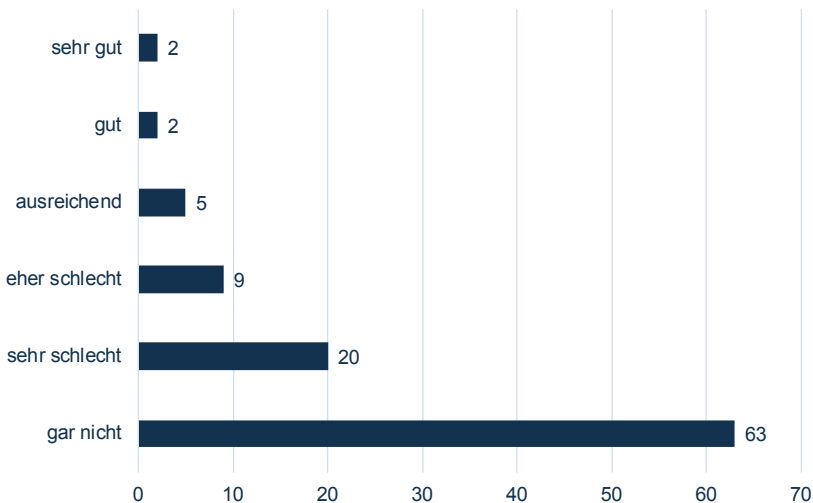
---

Großteil mit Stu-  
dium und Abitur

---

## Deutschkenntnisse

Angaben der Flüchtlinge in %



---

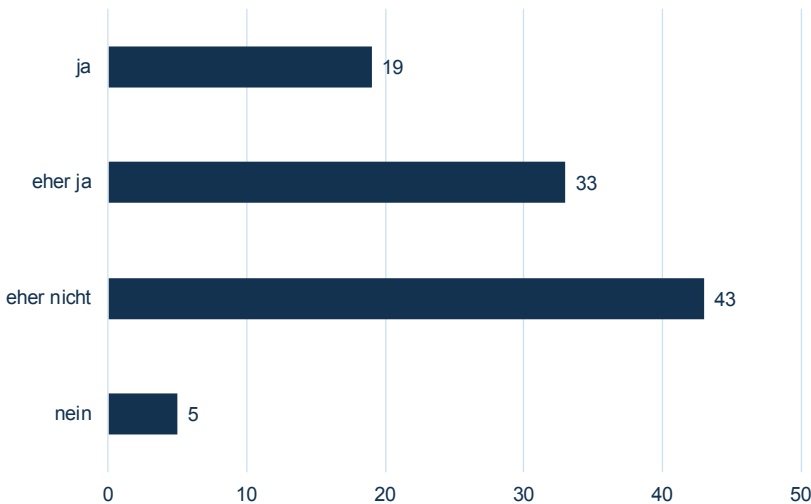
Nur sehr wenige  
haben Deutsch-  
kenntnisse

---

Quelle: Bundesministerium des Innern und für Heimat; LBBW Research

## Option Erwerbstätigkeit

Angaben der Flüchtlinge in %



---

Bei Aufnahme  
von Erwerbstä-  
tigkeit gespalten

---

Die Umfrage des Bundesinnenministeriums unter Flüchtlingen aus der Ukraine zeigte, dass der Großteil aus Frauen mit einer sehr guten Schulbildung besteht, die wenigsten verfügen aber über Deutschkenntnisse. Nur rund die Hälfte kann sich momentan die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit vorstellen, was aber daran liegen kann, dass die Meisten wieder so schnell wie möglich in ihr Heimatland zurückwollen und viele nun alleinerziehende Mütter unter ihnen sind. 55% der Befragten sind mit ihren Kindern nach Deutschland gekommen. 82% der Befragten hatten als Fluchtziel Deutschland geplant, lediglich 55% wollten aber von vornherein nach Deutschland. Hier lebende Familie und Freunde waren die Hauptmotive für die Reise nach Deutschland. 43% hatten einen „weniger guten“ Informationsstand, 16% gar keinen Informationsstand über Deutschland. Die Erfüllung der Grundbedürfnisse ist den Geflüchteten nun am wichtigsten (finanzielle Hilfe 95%, medizinische Versorgung 93%, Hilfe bei Behördengängen 90%, usw.). Netzwerke und Jobaussichten sind die Hauptgründe dafür, in den Ballungsgebieten Deutschlands bleiben zu wollen.

**Was sind die Unterschiede zur Migrationskrise 2015?** Gemäß dem [Bruegel-Institut](#) die folgenden:

- Diesmal sind 80% der erwachsenen Flüchtlinge Frauen (basierend auf den für Moldawien verfügbaren Statistiken), während 2015-2016 74% Männer waren. Auch der Anteil der Kinder ist jetzt größer (36%) als 2015-2016 (31%).
- Es gibt eine große ukrainische Diaspora in der EU, die bei der Suche nach einer Unterkunft für einen beträchtlichen Teil der Flüchtlinge helfen könnte; 2015-2016 war eine solche Hilfe weniger verfügbar.
- Getrennte ukrainische Familien müssen nach dem Krieg zusammengeführt werden. Dies könnte in der Ukraine geschehen und die Rückkehr eines erheblichen Teils der Flüchtlinge bedeuten. In den Jahren 2015-2016 gab es weniger Kinder und die meisten Erwachsenen waren junge Männer, was weniger Familienzusammenführungen und geringere Anreize zur Rückkehr bedeutet.
- Die geografische Nähe der Ukraine könnte auch die Rückkehr nach dem Krieg erleichtern, während Syrien und andere von Konflikten 2015-2016 betroffene Länder weiter entfernt sind.

---

Unterschiede  
zur Migrations-  
krise 2015

---



- Diesmal erlaubt der vorübergehende Schutz ukrainischen Flüchtlingen zu arbeiten, während Asylsuchende in den Jahren 2015-2016 nicht arbeiten konnten, bis ihre Anträge genehmigt wurden. Dennoch könnte die Arbeitssuche für ukrainische Flüchtlinge aufgrund von Sprachbarrieren, Schwierigkeiten bei der Anerkennung von Qualifikationen und der Verfügbarkeit von Arbeitsplätzen schwierig sein.

Da das **Ausbildungsniveau der Ukrainer hoch** ist, die Bildungsabschlüsse im Großen und Ganzen in Deutschland zumindest dem Grunde nach bekannt und vergleichbar sind, und bereits vor dem Krieg viele Ukrainer Arbeitserfahrung in der EU gesammelt hatten, dürfte nach Einschätzung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung ([IAB](#)) die Integration in den Arbeitsmarkt vermutlich weit schneller vonstattengehen als bei früheren Zuwanderungswellen.

Allerdings ist zu beachten, dass jede Flüchtlingskohorte ihre je eigenen Probleme mit sich bringt. Wir erinnern daran, dass 2015 Industrie und viele Experten eine Lösung des Fachkräftemangels Deutschlands durch die damaligen Flüchtlinge und Migranten erhofften. Dies ist bekanntermaßen nicht eingetreten, auch wenn die Integration in den Arbeitsmarkt für die Kohorte 2015 besser verlief als für die Kohorten zuvor.

Die **Arbeitsmarktintegration von Kriegsflüchtlings kann nur schrittweise über mehrere Jahre hinweg erfolgen**. Die Beschäftigung von Flüchtlingen hängt stark von der Bearbeitungsdauer gestellter Anträge, von Sprachkompetenzen, Aus- und Weiterbildung sowie institutionellen/rechtlichen Hürden ab. Insbesondere ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache stellen in Unternehmen – sowohl mit vorherigen als auch ohne vorherige Erfahrungen – bei der Beschäftigung von Flüchtlingen zumeist das größte Hindernis dar. Allerdings hat die Vergangenheit gezeigt, [dass sich ukrainische Zuwanderer die deutsche Sprache schneller aneignen als viele andere Migrantengruppen](#).

Zuwanderung stellt durchaus eine Möglichkeit dar, gewachsenen Personalengpässen entgegenzuwirken. **Inwiefern könnten Geflüchtete aus der Ukraine den steigenden Personalbedarf in Deutschland bedienen?** [Daten der Bundesagentur für Arbeit zeigen](#), dass Teilarbeitsmärkte für akademische, technische, medizinische und landwirtschaftliche Berufe sowie für Berufe im Handwerk besonders angespannt sind. In diesen Berufssegmenten könnte eine Zuwanderung von Arbeitskräften helfen, Engpässe am Arbeitsmarkt abzubauen. Anders ausgedrückt: In diesen Märkten würde es Kriegsflüchtlings besonders leichtfallen, eine Anstellung zu finden.

Allerdings **ist es unklar, inwiefern geflüchtete Frauen** – die Männer sind kriegsbedingt zunächst meist in der Ukraine geblieben – **in Deutschland überhaupt arbeiten wollen oder können**. Zwar arbeiten viele Ukrainerinnen in akademischen, technischen oder medizinischen Berufen. Die Daten zeigen aber auch, dass viele Ukrainer und Ukrainerinnen zuletzt in Dienstleistungs- oder Helferberufen beschäftigt waren und damit in einem Bereich, wo aktuell kein besonders hoher Bedarf besteht. Hier könnte sich nach Einschätzung des IAB die Integration in den Arbeitsmarkt unter Umständen langwieriger gestalten. Im handwerklichen Segment dürften Ukrainerinnen keine nennenswerte Rolle spielen.

---

**Integration am  
Arbeitsmarkt  
sollte leichter  
fallen als 2015**

---

---

**Kriegsflüchtlinge  
könnten Fach-  
kräftemangel lindern – man  
sollte sich aber  
nicht darauf ver-  
lassen**

---

## Folgen für das deutsche Bruttoinlandsprodukt

Die Effekte auf das BIP im Jahr 2022 sind gleichfalls immens schwer abzuschätzen. Auf Grundlage einer Simulationsstudie des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung aus dem Jahr 2015 kann man zu dem Szenario kommen, dass die Effekte der derzeitigen Flüchtlingswelle u. U. positiv auf das BIP wirken können:

- Auf der einen Seite sind die Effekte auf das Pro-Kopf-Einkommen und die fiskalische Bilanz leicht negativ. Auch die Erwerbslosigkeit wird durch die Flüchtlingsmigration ansteigen.
- Auf der anderen Seite steigern höhere Staatsausgaben, verbunden mit einer zunehmenden Anzahl erwerbstätiger Flüchtlinge, das Wirtschaftswachstum.
- Viele Flüchtlinge werden zunächst monetäre Sozialleistungen erhalten, die das verfügbare Einkommen erhöhen. Dies schlägt sich in einem Anstieg des privaten Konsums nieder. Hier ist ein Impuls für den Konsum von rund 0,1% des nominalen Bruttoinlandsprodukts zu erwarten.
- Die öffentlichen Konsumausgaben werden durch die Versorgung der Kriegsflüchtlinge und durch Integrationsmaßnahmen vermutlich zunehmen. Den Effekt aus diesem erhöhten Staatskonsum kann auf rund 0,1% des nominalen Bruttoinlandsprodukts taxiert werden.
- Die Zuwanderung von Flüchtlingen wird mit einer erhöhten Nachfrage nach Wohnraum einhergehen. Dies wird sich voraussichtlich in einer Ausweitung der Wohnungsbauinvestitionen niederschlagen. Eine Quantifizierung dieses Effekts ist schwierig.
- Sollten erneut 1 Mio. Flüchtlinge kommen, so ist gemäß diesen Schätzungen u. U. ein zusätzliches BIP-Wachstumsimpuls von 0,5% möglich, allerdings würde das Pro-Kopf-Einkommen um rund 0,8% sinken. Der Effekt hängt dabei entscheidend von der Arbeitsmarktintegration und der Bildungspolitik ab, die bei den Ukrainern u. E. besser laufen dürfte als bei den Migranten des Jahres 2015. Darauf weisen auch [Daten der Weltbank](#) hin, wonach die Beschäftigungsquoten in der Ukraine zwar nicht so hoch waren wie in Deutschland, aber deutlich oberhalb der in anderen Immigrationsursprungsländern.

## Folgen für den Wohnungsmarkt

Sollte der Krieg länger andauern, ist damit zu rechnen, dass die Ehemänner und Lebenspartner der nach Deutschland geflüchteten Frauen verstärkt nachziehen werden. Doppelverdienerpaare sollten daher langfristig die Regel sein – mit entsprechenden mittelfristigen Ansprüchen auf den Wohnungsmarkt.

Gemäß dem [Institut empirica](#) sind folgende Szenarien für den Wohnungsmarkt denkbar:

- Im ersten Szenario steigt die Wohnungsnachfrage kriegsbedingt um 120.000 Einheiten.
- Im mittleren Szenario implizierte dies eine Nachfrage nach 300.000 Wohnungen.
- Im höchsten Szenario stiege die Wohnungsnachfrage um 500.000.

---

Effekte auf das BIP: kurzfristig u. U. sogar positiv

---

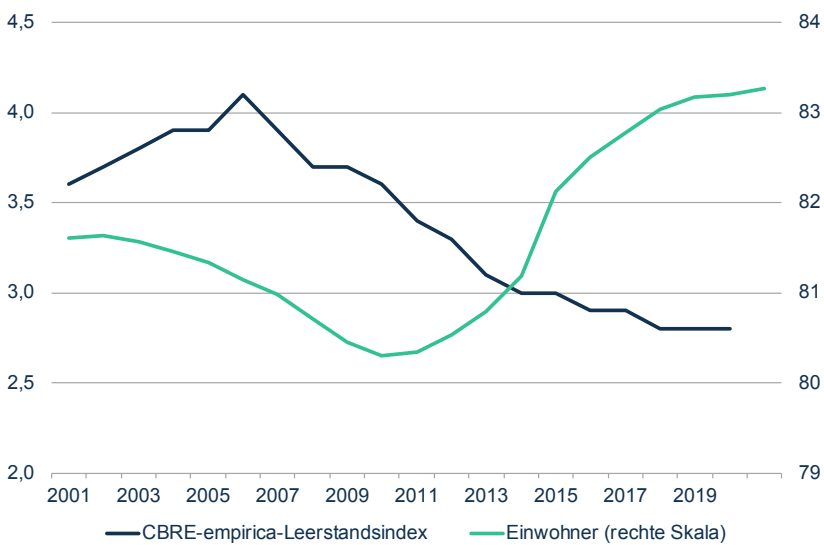
---

Wohnungsnachfrage könnte um 500 Tsd. Einheiten steigen

---

## Marktaktive Leerstandsquote und Bevölkerungsgröße

Leerstandsquote in %, Bevölkerungsgröße in Millionen



Quelle: Refinitiv, empirica, LBBW Research

Zumindest in den Summen herrscht derzeit erstaunlicherweise ein Überschussangebot an Wohnungen in Deutschland. Es ist bei alledem aber damit zu rechnen, dass die meisten Kriegsflüchtlinge zunächst gerade in diejenigen Städte und Regionen gehen werden, in denen bereits eine Wohnungsknappheit besteht, zum einen, weil dort für sie bereits Netzwerke bestehen, zum anderen, weil dort mehr Arbeitsmöglichkeiten zu finden sind.

Im Ergebnis wird die Wohnungsnachfrage zwar in den ohnehin schon angespannten Wohnungsmärkten weiter zunehmen, aber die Wohnungsnachfrage steigt dort nicht proportional mit der Anzahl der Kriegsflüchtlinge. Je mehr Flüchtlinge kommen, desto stärker profitieren nach Einschätzung von Empirica auch die Wohnungs- und Arbeitsmärkte in bisherigen Abwanderungs- oder Stagnationsregionen Deutschlands.

## Folgen für die Schuldensituation des Staates

Die zu erwartenden Mehrbelastungen dürften für den Staat zunächst erheblich sein. Diesbezügliche Prognosen sind mit einer außerordentlich hohen Unsicherheit behaftet.

Schätzungen der jährlichen Gesamtausgaben pro Flüchtling müssen laut dem [IfW Kiel](#) (2015) alle individuell zurechenbaren laufenden Ausgaben in den Sozialsystemen sowie anteilig die Ausgaben für Verwaltung und Investitionen in Unterkünfte und Integrationsmaßnahmen berücksichtigen. Die damit verbundenen Unsicherheitsfaktoren umfassen die Anzahl der tatsächlich Einreisenden, die tatsächlichen Schutzquoten, der zu erwartende Familiennachzug, der Erfolg der Arbeitsmarktintegration, die Anzahl der Rückkehrer und die Kosten und der Erfolg von Integrationsmaßnahmen.

Die [Schätzungen der Kosten für Flüchtlinge](#) der Flüchtlingskohorte 2015 variieren gemäß dem Bruegel-Institut im EU-Kontext stark. Auf eine Person entfallen Kosten zwischen 9000 EUR und 25.000 EUR (in Preisen

---

Jährliche staatliche Ausgaben

---

von 2022) pro Jahr. Für Deutschland werden rund 13.500 EUR pro Person pro Jahr an Kosten geschätzt. Das [IW Köln](#) kommt in einer Zusammenschau für das Jahr 2020 auf rund 28 Mrd. Euro staatlichen Ausgaben für Flüchtlinge. Die Flüchtlinge aus der Ukraine würden entsprechende Ausgaben zusätzlich hervorrufen.

Auch wenn der Zustrom an Flüchtlingen einerseits zu mehr Kosten für den Staat führt, andererseits aber mittelfristig zu einer höheren Erwerbstätigkeit und damit positiv auf das BIP führen sollte, so hat der Flüchtlingszustrom sehr wahrscheinlich keinen großen Effekt auf die Tragfähigkeit der Staatsschulden. Denn diese wird v. a. durch die demographische Alterung bestimmt.

Simulationsstudien des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung aus dem Jahr 2016 zeigen, dass eine erhöhte Flüchtlingsmigration keine nennenswert ungünstigen Effekte auf die langfristige Tragfähigkeit der Schulden hat. Allerdings trägt sie auch nicht dazu bei, bestehende Tragfähigkeitsrisiken zu vermindern.

Haupttreiber der Tragfähigkeitslücke des Staatshaushalts sind v. a. die Ausgaben der Gesetzlichen Rentenversicherung, der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) sowie der Beamtenversorgung. An diesen Treibern ändert die Fluchtmigration nicht viel. Sichtbare ungünstige Effekte hat die zusätzliche Zuwanderung vor allem für die Ausgaben der GKV sowie die Ausgaben für Arbeitslosenversicherung und Grundsicherung, die von der Integration der Zuwanderer und den dabei anfallenden Kosten abhängen.

---

Nicht Flüchtlinge, sondern demographische Alterung bestimmt Tragfähigkeit der Schuldenlast

---

# 04

## Was ist zu tun?

Es ist eigentlich viel zu früh, darüber zu rasonieren, wie die Integration der Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine gelingen kann, zum einen, weil nicht klar ist, wie viele noch kommen werden; zum anderen, weil nicht klar ist, wie viele schlussendlich in Deutschland bleiben werden (IAB 2022). **Verfügbare Daten deuten laut IAB darauf hin, dass die Flüchtlinge aus der Ukraine vergleichsweise gut qualifiziert sein werden;** insbesondere der Anteil von Hochschulabsolventen wird voraussichtlich sehr hoch sein. Aufgrund der familiären Situation – es handelt sich zu hohen Anteilen um Frauen, die mit minderjährigen Kindern das Land verlassen haben – **wird eine mögliche Integration in den Arbeitsmarkt auch wesentlich von der Integration von Kindern in die Schulen, Kindergärten, Kindertagesstätten und den entsprechenden Betreuungsangeboten abhängen.** Auch stehen im Moment **humanitäre Fragen wie Sicherheit, Unterbringung, Gesundheitsversorgung und nicht zuletzt die Familienzusammenführung im Vordergrund.**

Es kann gegenwärtig noch nicht beurteilt werden, wie viele der Geflüchteten tatsächlich in Deutschland bleiben werden und wollen und wie sich mittelfristig die Integrationsperspektiven entwickeln werden. Die **Erfahrungen aus der Vergangenheit deuten darauf hin, dass die Arbeitsmarktintegration, ähnlich wie bei anderen Geflüchteten, längere Zeiträume in Anspruch nehmen kann.** Denn gemäß dem [ifo-Institut](#) lassen sich die optimistischen Daten zu den Bildungs-, Beschäftigungs- und Integrationsquoten der derzeitigen ukrainischen Migranten nicht ohne Weiteres auf die nach dem 24. Februar 2022 aus der Ukraine zugewanderten Personen übertragen.

### Welche Fehler der Migrationskrise 2015 sollten vermieden werden und was gilt es zu tun?

- Lokale zivilgesellschaftliche Akteure stellen gemäß dem Institut ZEW (2021) eine wichtige Ergänzung zu öffentlichen Hilfsangeboten dar und sollten eng in die Integrations- und Sozialpolitik eingebunden werden. Die wichtige Rolle von Ehrenamtlichen hat insbesondere bei der Integration von zugewanderten Frauen in der Vergangenheit eine wichtige Rolle gespielt. Ehrenamtliches Engagement der Bürger und eine entsprechende „Willkommenskultur“ kommen dabei naturgemäß irgendwann an ihre zeitlichen und finanziellen Grenzen. Je länger der Krieg in der Ukraine andauert, desto eher dürfte das entsprechende Engagement der deutschen Bevölkerung nachlassen. **Der Staat sollte** daher gemäß der Friedrich-Naumann-Stiftung möglichst schnell die [Initiative](#) in die Hand nehmen und **sich nicht zu sehr auf eine privat organisierte „Willkommenskultur“ verlassen.**
- Ein Hick-Hack zwischen Kommunen, Bundesländern und Bundesregierung, wer die Kosten für die Flüchtlinge übernimmt, **sollte diesmal vermieden werden.** Es ist klar, dass die Kommunen schlussendlich die tägliche Arbeit der Integration verrichten müssen. Dies heißt aber nicht, dass sie auch die Kosten übernehmen müssen. Glücklicherweise haben gemäß [Pressemeldungen](#) Bund und Länder am 07.04.

---

## Integration auf Arbeitsmarkt be- nötigt Zeit

---

---

## Vermeidung der Fehler des Jah- res 2015

---

diesbezüglich einen Kompromiss geschlossen. Flüchtlinge aus der Ukraine sollen wie anerkannte Asylbewerber finanziell unterstützt werden. Das bedeutet, dass sie die gleichen Leistungen wie etwa Hartz-IV-Empfänger erhalten sollen. Der Bund will die Kommunen bei den Kosten für die Unterbringung der Flüchtlinge im laufenden Jahr mit 500 Mio. Euro unterstützen. An den im laufenden Jahr bereits in den Ländern entstandenen Kosten werde sich der Bund mit einem Betrag von 500 Mio. Euro beteiligen. An den Kosten für die Integration in Kita oder Schule will sich der Bund mit einem Betrag von 1 Mrd. Euro beteiligen.

- Eine schnelle Erfassung durch die Behörden ist essenziell, um den Menschen schnellstmöglich in Bezug auf die Wohnungs- und Arbeitsmarktsituation sowie in Bezug auf Ansprüche aus den Sozialkassen und Bildungsangebote zielgenau helfen zu können. Die schnelle Registrierung ist auch wichtig für die Verteilung der Geflüchteten.
- Die Migrationsphase 2015 hat zu viel Unmut und zu Streit über die Migrationspolitik geführt, weil der Eindruck entstand, der Staat habe einen Kontrollverlust über seine Grenzen erlitten und nicht mehr gewusst, wer nach Deutschland einreiste. Zentral ist es daher, eine möglichst genaue und schnelle Registrierung der Flüchtlinge und von Arbeitsmigranten, die im Flüchtlingsstrom mitschwimmen, durchzuführen. In diesem Zusammenhang ist die Unterscheidung zwischen Flucht- und Migrationsmotiv entscheidend. Es darf nicht sein, dass im Zuge der Flüchtlingsströme aus der Ukraine sich neue globale Migrationsrouten für Arbeitsmigranten nach Europa entwickeln. Das Recht auf Asyl muss denjenigen Menschen vorbehalten sein, die einen Asylgrund wie Flucht vor Krieg haben; es darf nicht zum Zwecke der Arbeitsmigration missbraucht werden. Hierfür braucht es andere Kanäle.
- Der Anspruch auf Asyl und eine „Willkommenskultur“ implizieren die Notwendigkeit einer „Abschiebekultur“: Personen, die kein Recht zum dauerhaften Aufenthalt in der Bundesrepublik haben, müssen zügig abgeschoben werden. Es kann nicht sein, dass man, vereinfacht gesprochen, ohne Pass leichter in die Bundesrepublik kommt als ohne Pass wieder hinaus.
- Wie die KfW (2022) zurecht anmerkt, hat die Versorgung der Geflüchteten mit Nahrung, Wohnraum sowie deren körperliche und seelische Gesundheit Priorität. In diesem Zusammenhang ist es entscheidend, auf EU-Ebene Anstrengungen gegen Menschenhandel auf den Fluchtrouten zu koordinieren. Ebenso muss konsequent strafrechtlich gegen Täuschung und Missbrauch von geflüchteten Ukrainern nach ihrer Ankunft in Deutschland vorgegangen werden.
- Direkt danach kommt das Recht der Kinder und Jugendlichen, die rund der Hälfte der Flüchtlinge (57% bis 7 Jahren) ausmachen, auf Bildung. Es ist sehr wichtig, sehr schnell den Kindern und Jugendlichen adäquate und altersgerechte Spiel- und Bildungsangebote zu machen.
- Bildung und Weiterbildung ist auch für die Erwachsenen wichtig. Denn hat man alles verloren, bekommt das intangible Gut Bildung,

---

Grundbedürfnisse haben Priorität

---

---

Schnelle Bildungsangebote für Kinder

---

das einem niemand mehr nehmen kann, eine extrem hohe Bedeutung. Benötigt werden v. a. Lehrpersonal und schulpsychologische Betreuung. Vor diesem Hintergrund braucht es in den öffentlichen Haushalten **Prioritäten zugunsten der Bildung und entsprechende Bund-Länder-Kooperationen**.

- **Es ist essenziell, dass die Kriegsflüchtlinge so schnell wie möglich Deutsch lernen.** 62% verfügen über keine Deutschkenntnisse. Auch wenn die meisten mit Sicherheit so schnell wie möglich wieder nach Hause wollen, so kann es sein, dass deren Aufenthalt doch viel länger dauert als von ihnen gewünscht. Deutschkenntnisse sind essenziell, um sich in Deutschland nicht nur selbst zu organisieren, sondern auch um möglichst schnell eine Beschäftigung aufnehmen zu können. Aus der Migrationsphase 2015 ist ersichtlich geworden, dass Deutschkenntnisse essenziell für die Integration auf dem Arbeitsmarkt sind: Diejenigen Migranten und Flüchtlinge, die schnell Deutsch lernten, integrierten sich in der Regel schneller auf dem Arbeitsmarkt.
- Im Gegensatz zur Migrationswelle 2015, in der zu rund 70% v. a. junge Männer nach Deutschland kamen, sind aktuell nun rund 84% Frauen (mit Kindern) und Alte aus der Ukraine nach Deutschland gekommen, da für Männer zwischen 18 und 60 in der Ukraine ein Ausreiseverbot besteht. Es ist essenziell, dass der vulnerablen Gruppe von **Frauen und Kindern sehr schnell Hilfe geboten wird** – insbesondere was sichere Unterkünfte anbelangt.
- Da momentan und auf absehbare Zeit viele Mütter mit Kindern kommen werden, sollten diesen möglichst schnell **adäquate Integrations- und Bildungsangebote gemacht werden**. Eine Alleinerziehende – so gut sie auch in der Ukraine ausgebildet sein mag – wird keinen Deutschkurs besuchen oder ein Stellenangebot annehmen können, wenn nicht gewährleistet ist, dass ihr Kind gleichzeitig gut untergebracht und versorgt wird. Alleinerziehenden Müttern müssen daher **Kinderbetreuungsmöglichkeiten** angeboten werden, die sowohl den Frauen den Eintritt in den Arbeitsmarkt, als auch kleinen Kindern mit Fluchthintergrund ermöglichen, mit Kindern anderer Herkunft Kontakte zu knüpfen.
- Im Gegensatz zu 2015 sollte möglichst schnell eine **Anerkennung der Bildungsabschlüsse** erfolgen. Dies sollte dadurch gelingen, wenn man die aus anderen EU-Beitrittsländern bekannten Maßstäbe auch an ukrainische Abschlüsse anlegt. Dies sollte nicht schwer sein, denn die Ukraine ist ja nicht nur ein bekanntes IT-Land, sondern hat auch – wie die meisten anderen Länder des früheren Ostblocks – ein sehr gutes Schulsystem, das einen starken Fokus auf mathematisch-naturwissenschaftliches Wissen legte. Dies ist ein großer Unterschied zur Migrationswelle 2015, weil damals viele Bildungsabschlüsse nicht dokumentiert oder aufgrund von Kriegswirren oder technischem Rückstand nicht vergleichbar waren.
- Selbst wenn es auf den ersten Blick Sinn macht, Kriegsflüchtlinge zunächst in bevölkerungsarmen Regionen Deutschlands unterzubringen, weil dort mehr und günstigerer Wohnraum verfügbar ist, so sollte doch mittelfristig nicht der Fehler der Migrationsphase 2015 wiederholt werden, Flüchtlingen Wohnsitzauflagen „überzustülpen“.

---

## Deutschkurse essenziell

---

---

## Spezielle Angebote für Frauen

---

---

## Kinderbetreuung für Alleinerziehende

---

---

## Keine Wohnsitzauflage

---

Denn eine **positive Arbeitsmarktintegration gelingt eher in boomenden Ballungsregionen**, da hier mehr Stellen angeboten werden und die Flüchtlinge auch mehr von Netzwerkeffekten profitieren. Die **historischen Erfahrungen der Heimatvertriebenen nach 1945** legen nahe, dass eine starke regionale Konzentration an wenigen Orten – und insbesondere in ländlichen Regionen – Integration behindert. Dagegen hat die Weiterwanderung der Vertriebenen auf eigene Faust den Integrationsprozess erheblich beschleunigt. Dies spricht gegen die Beschränkung der Wohnortwahl von anerkannten Flüchtlingen.

- Der Politik ist daher nach Einschätzung des Instituts Empirica zu empfehlen, sich auf einen schnelleren **Anstieg der Bautätigkeit** zu konzentrieren. Zunächst müssen v. a. baurechtliche Verfahren beschleunigt und die administrativen Hürden beim Bau von Flüchtlingsunterkünften gesenkt werden. Langfristig sollte sich die Politik aber nicht dazu verleiten lassen, eine größere Geschwindigkeit durch die Forcierung von Schlichtbauten mit kleinen Wohnungen an ungeeigneten Standorten zu erreichen. Erst recht ist vom Bau weiterer Wohnheime abzusehen. Die kriegsbedingte zusätzliche **Wohnungsnachfrage dürfte sich auf größere, familiengerechte Wohnungen im mittleren Standard konzentrieren**.
- Die entsprechenden Rückwirkungen auf die Mietpreise sind durch einen **schnellen Ausweis von Bauland** und dem zügigen **Bau von Sozialwohnungen** zu begegnen. Gegebenenfalls sind entsprechende negative Rückwirkungen für die angestammte Bevölkerung durch höhere Mietpreise langfristig durch entsprechende Subventionen für ökonomisch vulnerable Gruppen in den Ballungsgebieten zu begleiten.
- Wie **LBBW-Chefvolkswirt Moritz Kraemer** vor Kurzem zudem darauf hinwies, dürfte sich aufgrund von Ernteaussfällen und Exportschwierigkeiten für Getreide die Versorgungssituation in den Regionen Nordafrika, Naher und Mittlerer Osten in den nächsten Monaten spürbar verschlechtern. Bereits jetzt wird von Protesten der Bevölkerung gegen rasante Preissteigerungen berichtet. Die Parallelen zum Arabischen Frühling, der 2010 in Tunesien begann, sind unübersehbar. Das geht uns nicht nur deshalb etwas an, weil wir vor humanitären Notsituationen niemals die Augen verschließen dürfen. Vielmehr kann dies Europa auch ganz direkt berühren. Konkret könnte die Anzahl der Flüchtlinge aus der Region wieder anschwellen. **Europa ist schon aus Eigennutz gut beraten, die Anrainerstaaten beherzt über finanzielle oder Nahrungsmittelhilfen zu unterstützen**.

---

## Fokus auf Bau guter Wohnungen

---

---

## Hilfen für Nordafrika und den Nahen Osten

---



# 05

## Fazit

Europa steht vor der Bewältigung der größten Flüchtlingskrise seit 1945. Noch ist nicht klar, welchen Beitrag Deutschland hier leisten muss. Die Aufnahme von 1 Mio. Flüchtlingen ist nicht unrealistisch. Es gilt daher die Fehler der Migrationskrise 2015 zu vermeiden:

- Registrierung aller Flüchtlinge und Migranten, um den Überblick zu behalten, wer in das Land kommt, und um den Eindruck eines Kontrollverlusts zu verhindern.
- Schnelle Grundversorgung der Flüchtlinge, die zum allergrößten Teil aus Frauen und Kindern bestehen.
- Schnelle Bildungs- und Betreuungsangebote für die Kinder.
- Schneller Zugang zu Deutschkursen.
- Schneller Zugang zu einer psychologischen Betreuung.
- Schneller Zugang zum Arbeitsmarkt durch Beratung beim Arbeitsamt und schnelle Anerkennung der Bildungsabschlüsse.
- Verzicht auf eine Wohnsitzauflage, da letzteres die Integration am Arbeitsmarkt behindert.
- Erhöhung des Tempos beim Bau von Wohnungen in Ballungsgebieten.

**Schaffen wir diese Flüchtlingskrise?** Ja, zum einen, weil der Bildungsstand der Geflüchteten relativ hoch ist, zum anderen, weil Deutschland inzwischen eine gewisse Erfahrung bei der Integration von Geflüchteten und Migranten hat. **Wir müssen es schaffen – es geht ja nicht anders.**

---

**Schnelligkeit ist das Gebot der Stunde für die deutsche Bürokratie!**

---

# Disclaimer

Diese Publikation richtet sich ausschließlich an Empfänger in der EU, Schweiz und Liechtenstein.

Diese Publikation wird von der LBBW nicht an Personen in den USA vertrieben und die LBBW beabsichtigt nicht, Personen in den USA anzusprechen.

Aufsichtsbehörden der LBBW: Europäische Zentralbank (EZB), Sonnemannstraße 22, 60314 Frankfurt am Main und Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), Graurheindorfer Str. 108, 53117 Bonn / Marie-Curie-Str. 24-28, 60439 Frankfurt.

Diese Publikation beruht auf von uns nicht überprüfbaren, allgemein zugänglichen Quellen, die wir für zuverlässig halten, für deren Richtigkeit und Vollständigkeit wir jedoch keine Gewähr übernehmen können. Sie gibt unsere unverbindliche Auffassung über den Markt und die Produkte zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses wieder, ungeachtet etwaiger Eigenbestände in diesen Produkten. Diese Publikation ersetzt nicht die persönliche Beratung. Sie dient nur zu Informationszwecken und gilt nicht als Angebot oder Aufforderung zum Kauf oder Verkauf. Für weitere zeitnähere Informationen über konkrete Anlagemöglichkeiten und zum Zwecke einer individuellen Anlageberatung wenden Sie sich bitte an Ihren Anlageberater.

**Wir behalten uns vor, unsere hier geäußerte Meinung jederzeit und ohne Vorankündigung zu ändern. Wir behalten uns des Weiteren vor, ohne weitere Vorankündigung Aktualisierungen dieser Information nicht vorzunehmen oder völlig einzustellen.**

Die in dieser Ausarbeitung abgebildeten oder beschriebenen früheren Wertentwicklungen, Simulationen oder Prognosen stellen keinen verlässlichen Indikator für die künftige Wertentwicklung dar.

Die Entgegennahme von Research Dienstleistungen durch ein Wertpapierdienstleistungsunternehmen kann aufsichtsrechtlich als Zuwendung qualifiziert werden. In diesen Fällen geht die LBBW davon aus, dass die Zuwendung dazu bestimmt ist, die Qualität der jeweiligen Dienstleistung für den Kunden des Zuwendungsempfängers zu verbessern.

